

rungsprozeß in Deutschland fortsetzt. Die Hilfspolizei des Faschismus ist die SPD-Führung. Sie glaubt es gegen die Arbeiter noch besser machen zu können als die Nazis. Jetzt versucht die SPD zum Hoover-Betrag ihren Schwindel vom „Silberstreifen“ hinzugefügt, die Massen wieder zu täuschen und neue Illusionen zu verbreiten. 1933 beim Tomesplan schwindelte die SPD von der Dollarlände, ebenso ihrer dem Youngplan. Damals führten Gewerkschaftler, wie Tarnow nach Amerika und erklärten begierig, dort habe jeder Arbeiter sein Auto und wie in Amerika so müsse man auch in Deutschland die Wirtschaft gestalten, heute gibt es in Amerika 10 Millionen Einwärtsloge, vielleicht will Tarnow jemand einreden, daß diese 10 Millionen im eigenen Auto betrachten fahnen. Die Rezepte der Bourgeoisie und SPD verschärfen noch die Krise. Das beweist die Rotverordnung, die das werktägige Volk belästigt und den Arbeiten nach das Rechte nimmt. Im Interesse der Ausplündierung der Massen wird der Terror ausgeübt. Die Hoover-Aktion bedeutet eine Verschärfung der Kämpfe international und in Deutschland. Die Nazis sagen, der Ausweg aus der Zwickmühle sei der Krieg. Ein solcher Krieg bedeutet, wie er auch ausgehen mag, nur die Belastung der Werktägigen aller kapitalistischen Länder durch die Bourgeoisie. Den Weg zeigt Russland: hier hatte die Bourgeoisie den Krieg verloren, aber das Proletariat die Revolution gewonnen. Ich fordere: Diese soziale Befreiung ermöglichte auch die nationale Befreiung. Sobald in Deutschland mit Kommunisten zur Macht gekommen, werden wir die Ketten des Young-, Davies- und Hoover-Plans abbrechen. Man muß erst das Joch des Kapitals im eigenen Lande abschütteln, um das Joch des ausländischen Kapitals zerbrechen zu können. (Belfallsalarm!) Wir Kommunisten sagen euch heute laut und deutlich voraus: Der Hoover-Plan bedeutet nicht Silberstreifen und nicht Befreiung, sondern tiefe, schlimme Verfladung. Es gibt nur einen Weg zum Sturz des Kapitalismus, die soziale Befreiung, durch die die Arbeitersklasse sich als Nation konstituiert und durchdringt die nationale Befreiung. Ein sozialistisches Deutschland mag erklämpft werden! (Aufsichtlicher Bericht folgt.)

Massenempörung gegen Rentenkürzung

Salle, 30. Juni 1931.

In Halle kam es auf dem größten Postam an Montag bei der Auszahlung der gekürzten Rente zu stürmischen Kundgebungen. Es spielten sich unbeschreibliche Szenen ab. Protestierende Kriegsbeschädigte, Invaliden, und alte Frauen wurden brutal hinausgeworfen. SAH-Fangblätter und Mitgliedsdokte des Reichsbundes wurden getötet. Ein großes Polizeiaufgebot wurde gegen die Versammlungen der Armen herangeholzt, die die Massenansammlungen „stören“ sollte und für „Ruhe und Ordnung“ sorgte.

**Landarbeiter rüsten zum
Erntestreif!**

Saints & Anti

Eine im Alsbach-Hähnlein-Vorort befindliche Befreiung der Rittergutsbesitzer Konstanz und Freiburg, die Güter im Alsbacher Gebiet freizügig zu machen.
Die Beleidheitsversammlung des Rittergutes Neunkirchen

nahm folgende Resolution an:

„Die am 27. Juni tagende Betriebsversammlung des Rittergutes Königsfeld, stellt sich vollständig hinter die Beschlüsse der Niederrheinischen Landarbeiterkonferenz vom 21. Juni und gelebt, alles daran zu lehnen, um zur Erde einen Siegreichen Streit zu führen. Sie begrüßt weiter das erfolgreiche Auftreten einzelner Krieger gegenüber den Gutsbesitzern, die durch ihr Auftreten das Kampfsündnis der Landarbeiter noch schärfer schärfen.“

Die zahlreichen Urtam-Gruppen befinden sich in Auflösung und Verzweigung. Nachdem bereits 6 Mitglieder der Urtam-Gruppe das Gut verlassen haben, sind zwei Jungearbeiter aus der Urtam-Gruppe ausgesettelt und komplett jetzt gemeinsam in der Front der Polenwohnsiedlung eingesetzt.

47 GWD-Urheiter zur GWD!

In Schwaz (Saggen) haben die sozialdemokratischen Arbeiter der Firma Ulten, Zandt, Weicham um eine Versammlung einberufen, in der sie zur Wahl der SPD, mit der sie nicht mehr einverstanden sind, Stellung nehmen wollten. Die Polizei erwiderte sich als Hüterin der Interessen der SPD-Führer und verbot diese Versammlung. Darauf gelang es einem kommunistischen Funktionär, in den SPD-Arbeitern zu sprechen mit dem Erfolg, daß 47 SPD-Arbeiter sofort ihren Arbeitgeber zur KPD erklärt. Unter den Uebergetretenen befinden sich eine ganze Anzahl von bisherigen SPD-Funktionären, so auch der bisherige SPD-Vorsitzende von Weicham. Die Uebergänge sind aber nur der Anfang einer großen Uebertrittsbewegung in Tirol.

Die Verlegenheitsansitz der Dresdner Volkszeitung, die in Lüdenwalde nur 3 Heberritte erfolgt seien, ist Schwindel. Es sind die Führungen der SPD-Ortsgruppe, insgesamt 18 Spitzenfunktionäre und Mitglieder aus der SVD und AWD überzeugt,

Evoaltung der Lüheser GSI

Spannung bei Zustand G

Die galionen überreiter Rohrs, des Abiturs ins 3. Reich
Lübeck, 20. Juni.
Die Lübecker SM ist in vollster Verzweiflung. Besonders ist die Jugend davon betroffen. So mußte die Hitlerjugend auf Betan-
lassung der NSDAP-Führer aufgelöst werden. Es hat sich eine
Stennesgruppe gebildet, die sich den Namen Stennesjugend ge-
legt hat. Die Verzweiflung im Hitlerklage geht mit Kriegsschreien
nachwärts. Auch die Stennesbewegung wird den Übergang der
SM-Proleten nicht aufhalten können, das beweisen die Ueberreste
der SM. Sie sind hier zu Ende.

Die rheinische Zeitung in Köln ist im Besitz von Prototypen, die dem Hauptmann Rohm wohl endlich das Genick brechen werden. Ein ehemaliger SA-Führer, ein gewisser Hermann Siegesmund wurde im Jahre 1925 von Rohm mit aufs Hotelzimmer genommen. Welche Wirkung der Stabschef Hitler dabei noch ausübt,

Das verläßt folgende Stelle des Protokolls:

"Nach etwa einer halben Stunde verließ ich das Hotelzimmer, weil mir Herr Röhm eines mir widerlichen Geschlechtsverkehr abverlangte, auf den ich nicht eingehen konnte."

Dasselbe Blatt fragt Herrn Röhm weiterhin, wie es zwischen Ereignissen mit dem Konul Reiner aus München im The-
immer des Hotels "Hal" bestellt ist. Außerdem wird Herr
Röhm an seine gemeinsamen Ereignisse mit dem komödiantischen

XXI.-Arbeiteschuhanträge beschlossen

Duldet keine Zwangsverschuldung zur Landarbeit / Kein Wohlfahrtsertwerbsloser darf ohne Tariflohn sich beschäftigen lassen!

— 1 —

Dresden, den 20. Juni.
Die Dienstagssitzung des Sachsischen Landtages beschäftigte sich bei der Bearbeitung des Staatsrates Arbeitsweisen und Arbeitserziehung mit einer Anzahl kommunistischer Anträge, die die Not der ausgebüdete Kinder und der Erwerbslosen zufüllen und bekämpfen. Sie fordern das Verbot der Kinderarbeit durch Gesetz, wenden sich gegen jede Verhinderung der Kinderarbeitsunterstützung, verlangen die Unterbindung der Zwangsverpflichtung Erwerbsloser zur Landwirtschaftsarbeit nach Oberschreien und fordern, daß alle Arbeiten, die durch Wohlhaber erwerbslose in den Gemeinden ausgeführt werden müssen, nach Tariflöhnern bezahlt werden müßten. Außerdem verlangen die Kommunisten die Erhöhung des Prozenztales der Schwerkriegsbeschädigten auf 1 Prozent der Betriebsabrechnungen. Dieser letzte Auftrag wurde dadurch abgelehnt, daß die Nazis geschlossen mit den übrigen Voraussetzungen gegen ihn stimmten. Die anderen Anträge wurden ähnlich mit großer Mehrheit angenommen. Unmittelbar praktische Bedeutung hat besonders der kommunistische Antrag, wo nach die Regierung beauftragt wurde, dafür zu sorgen, daß alle Arbeiten in den Gemeinden zu Tariflöhnern entlohnt werden, die Wohlhaber erwerbslosen müssen um die Durchführung dieses Antrages das Bündnis mit den BetriebsarbeiterInnen und den sozialparlamentarischen Klämpf anzunehmen, der allein standa sein wird, den berechtigten Forderungen der Arbeiter Beilage zu verschaffen.

Zu Beginn der Verhandlungen erhebt Genoie Siegel namens der kommunistischen Fraktion die Forderung in dieser Sitzung die Anträge zur Abschaffung zu beraten, da die Brüderung der Hungersnotordnung am 1. Juli in Kraft treten soll. Durch Widerstreit der Bürgerlichen wird dies verhindert. Zunächst folgen die Abstimmungen über die in der letzten Sitzung beratenen Kapitel „Soosten und Domänenverwaltung“. Die kommunistischen Minderheitsanträge werden sämtlich abgelehnt. Gegen die Werkzeugablagen, Wegegelder und Entschädigung für Regen-
aus, die die Kommunisten fordern, stimmen auch Sozialdemokratien und Rass. Die Quattipital werden angenommen. Angesommen werden ebenfalls die Anträge zur Beobachtung der Kolle-
ktion des etatistischen Spielwarengewerbes. Das Kapitel Landeslotterie wird gegen die Stimmen der Kommunisten ab-
gelehnt. Besiedlungserneuerung stimmen die Rass und Sozial-
demokratien für das Kapitel.

Bei der Beratung des Kapitels „Staatliche Kraftwagen-
kosten“ verlangt Genossin Münig die Rückzahlung der Zulphilfe
der Gemeinden, die bereits im vorjährigen Jahre geleistet werden
sollten, die jedoch noch der Giroabteilung weiter erhoben werden. Die-
se eigentlich unüberstandliche Antrag wird abgelehnt und ein
gegenseitiger Antrag der SPD. bez. lediglich Bericht, soweit
es irgend möglich verlangt, angenommen.

Sächsische Regierung für Kinderarbeit!

Bei der Betrachtung des Kapitels Arbeitsmämlen und Arbeitserziehung begründet Maxmillian Grob den kommunistischen Antrag auf Verbot eines Geschäftsmärktes auf Verbot der Kinderarbeit in Bandomirtschaft, Handel, Gewerbe und Industrie und hebt weiterhin die Forderung, bis zur Erledigung des Gelehrten Berufes zu erlassen, wonach Kinder zu Arbeiten in der Industrie nicht mehr vom Unterricht befreit werden dürfen. Maxmillian Grob widert in ihrer Begründung die ungemeinerliche Schädigung der Gesundheit der Arbeiterkinder durch die frühzeitige Ausbeutung, besonders in der Landwirtschaft, die Ausbeuter unterbinden jede Schulung nur, um ihrer Profitier den nötigen Tribut zu verpassen. Die Ausbeutung der Kinder in einer Zeit der größten Erwerbslosigkeit bedeutet eine schwere Schädigung der Arbeitersklavie. Nur durch die größte Not werden die Arbeiterväter gezwungen, ihre Kinder den Ausbeutern auszuliefern. Diese Tatsache ist der Beweis dafür, daß dieses System überstellt ist. Die Kommunisten betrachten es als ihre Aufgabe, Männer, Frauen und die Kinder der arbeitenden Eltern zusammenzuhalten zu einer einheitlichen Kampffront für die Belebung der Gesellschaftsordnung, des Waisenlands und der Kinderart und für die Errichtung eines freien sozialistischen Deutschland, das den Arbeitervätern Arbeit und Stolz und den Arbeitertümern endlich eine gelungne Entwicklunggrundlage zur vollen Entfaltung der geistigen und körperlichen Fähigkeiten gewährt.

Beim Abschluß der Rede der Genossin Grob kam es zu einem erfreulichen Zwischenfall. Da die Nazis den Saal verlassen haben, übernimmt diesmal Oskar Edel die Rolle des Alegels und verläßt die Genossin Grob zu belohnen. Als ihr Genosse Scheffler daraufhin energisch protestiert, wird er vom Präsidenten Wedel aus dem Saal gewiezen. So geben die Sozialdemokratischen Kongreß ihrer Versetzung für die Jugendbewegung Ausdruck. Das gemeinsame Verhalten Edels wirkt so überzeugend, daß der Sozialdemokrat Rausch seinen Parteifreunden zimtlich läßt, sie sollten doch diese Dinge sein lassen, da die SPB dadurch nur vor den Jungarbeitern kompromittiert wurde.

Genoße Breitendorf begründet eine Anzahl kostensichtlicher Anträge, die ihm mit dem Überstandenumwesen bei zuarbeiten am Mühendurstschiff in Döbeln, mit der Pflichtarbeit von Wohlfahrtsverwerbslosen bei Hungerlöhnen und mit der Verschlechterung der Kurzarbeiterunterstützung beschäftigen, eingehendes der ungebewilligten Erwerbslosigkeit, die gerade unter den löslichen Bauerbettern herrscht, ist jede Überstunde ein Verlust. Wir verlangen die Unterbindung des Überstandenumwesens bei den Bauerbettern am Mühendurstschiff in Döbeln.

Ein ebenjohles Betreiben sollt die Verschärfung von Vollbeschäftigerwerbsloken bei Hungerlöhnen dar. Die Gemeinden, die zum Teil nur 20 Pf. pro Stunde zahlen, organisieren damit einen ungebewilligten Verdruss für die gesamte Arbeiterschaft. Deshalb fordern wir, daß alle Arbeiten zu Tariflöhnen entstehen werden. Die Verschlechterung der Kurzarbeiterunterstützung, die durch den Spruch des Arbeitsamtes Dresden im Fall des Betriebes Seidel u. Naumann vorgenommen werden soll, wosach die Feierstage als Arbeitstage zu gelten haben und bei der Bezeichnung nicht mehr geäßli werden sollen, fordert höchstens Brodt heraus. Wir verlangen deshalb die Beseitigung jeder Verschlechterung der Kurzarbeiterunterstützung und das Setzen an die Arbeitssämters amels Förderung der Sonderarbeits-

**Telegramm des ZR der RPD
zum Sieg in Brunsfleid**

www.ijes.org

Berlin, den 28. Juni.

die sozialistische Herrschaft gestellt, indem sie in diplomatischer die Teilnahme an dem Volksbegehren der Werktäglichen. Über die sozialdemokratischen Abweiter haben massenweise die Konzessionspolitik durchgesetzt, die reaktionäre Parteidiktatur sozialistenfreundliche SPD-Führer durchbrochen und militärische Volksbegehren missgearbeitet. Das Ergebnis des Volksbegehrens ist ein großer Sieg der Kommunistischen Partei gegen den

feindlichen Block von Nazi- und SP-D-Führern.
Genossen! Voraus zu neuen Siegen. Keine Beruhigung auf Grund des gegenwärtigen Erfolges! Trifft die Arbeitsschlachten weiter! Geht mit vergrößelter Kraft an die Arbeit! Werdet waffenweise neue Parteimitglieder und Freiungskämpfer festigt und erweckt die proletarische Einheitsfront! Die Arbeiterbewegung entwickelt sich härterisch-vorwärts! Die großen Massenversammlungen mit Nationalsozialisten und Faschisten stehen vorbei. Beitragen von dem Willen der werktätigen Massen zur Verstärkung der Kämpferfronten der Rote Armee.